

Bü' 90/Die GRÜNEN Stadtverordnetenfraktion Darmstadt
Lauteschlägerstr. 38—64289 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/6 14 90, 06151/6 14 01
Mail: fraktion@gruene-darmstadt.de
Internet: www.gruene-darmstadt.de/fraktion

C D U D a r m s t a d t
Stadtverordnetenfraktion
Steubenplatz 12 4—64293 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/171211, 06151/171219
E mail: fraktion@cdu-darmstadt.de
Internet: www.cdu-darmstadt.de



Darmstadt, 25.01.2012

A N T R A G

Strategie für digitale Verwaltungsmodernisierung und eGovernment

Zur Stärkung der Bürgerbeteiligung sowie Transparenz des Politik- und Verwaltungshandelns, der Haushaltskonsolidierung durch Effizienzsteigerungen sowie der allgemeinen Verwaltungsmodernisierung sollen erste Schritte eingeleitet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Planungs- und Umsetzungsstand der verschiedenen Stränge von eGovernment bei der Stadt Darmstadt sowie Kooperationsgespräche mit Dritten zu berichten.
2. Der Magistrat wird gebeten, einen Plan zu entwickeln, die schrittweise unterstützt durch Pilotprojekte und Forschungsprojekte gemeinsam mit der örtlichen Wissenschaft und Wirtschaft zu einer stärkeren Bürgerbeteiligung und IT gestützten Verwaltungsprozessen führt.
3. Es wird empfohlen, die Zuständigkeit für Fragen rund um eGovernment, Open Data Angebote und elektronische Bürgerbeteiligung dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft zu übertragen.
4. a) Werden Entwicklungsaufträge vergeben oder Kooperationen eingegangen, sollte daraus entstehende Software in aller Regel unter Open Source-Lizenzen zur weiteren Verwendung durch andere gestellt werden.
b) Wird auf Standardsoftware zurückgegriffen, oder sprechen berechtigte Gründe gegen eine Offenlegung des Programmcodes durch die Hersteller, sollten mindestens gegenüber der Stadt dokumentierte, offene Schnittstellen zum Datenzugriff umgesetzt werden oder standardisierte, maschinenell zu verarbeitende Dateiformate zur Speicherung zu verwenden.
c) Unabhängig von der Lizenz der Software ist grundsätzlich vertraglich festzuhalten, dass die über die Projekte gesammelten und verwalteten Datensätze im Eigentum der Stadt Darmstadt bleiben und ihr spätestens nach Ende des Projektes kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

In der Presse und auf Konferenzen waren diverse Berichte über Kooperationsangebote lokal

ansässiger Unternehmen und Hochschulausgründungen zu erfahren. Hierzu soll ein **Überblick über derzeit laufende eGovernment-Ansätze auf Seiten der Stadt Darmstadt** zum besseren Verständnis beitragen und helfen, die sinnvollen nächsten Schritte zu planen.

eGovernment umfasst dabei nicht nur die allgemein betrachteten Diskussionsforen u.ä., sondern soll mindestens die folgenden Aspekte umfassen:

- **eBürgerbeteiligung:** Wie können bei Planungsprozessen oder zu entwickelnden Quartiersforen MitbürgerInnen, die durch berufliche, gesundheitliche oder andere Faktoren nicht an den regulären Prozessen teilnehmen können, besser eingebunden werden und wie können darüber BürgerInnen mehr für die Belange ihrer Stadt interessiert werden? Welche Erfahrungen über Chancen und Grenzen der Ansätze gibt es aus anderen Städten?
- **Elektronische Verwaltungsprozesse:** An welchen Stellen lässt sich durch eine stärkere Nutzung von elektronischer Datenerfassung eine Effizienzsteigerung sowie schnellere Bearbeitung von internen sowie BürgerInnenanliegen erreichen? Wo könnten beispielsweise statt ausfüllbarer und auszudruckender PDF-Formulare auf der städtischen Webseite die Formularinhalte direkt in städtische Verfahren übertragen und weiterverarbeitet werden? Wo können unnötige Reisen zu oder zwischen Ämtern vermieden werden?
- **Open Data Angebote:** Welche bei der Stadt erhobenen Daten können für interessierte BürgerInnen als Datenabzug frei zu Verfügung gestellt werden, damit diese darauf aufbauend neue Darstellungsformen und Visualisierungen oder auch Anwendungen wie bspw. eine „Darmstadt-App“ erstellen können? Wie lässt sich eine Lizenz ausgestalten, damit kostenpflichtige Verwertungen dieser Daten auch einen Anteil an die Stadt bezahlen?
- **Anliegenmanagement:** Wie und bis wann kann ein Verwaltungsprozess und die nötigen Ressourcen aufgebaut werden, die es BürgerInnen analog zur Meldeplattform Radverkehr erlauben, einfach über Internet und mobile Anwendungen Mängel zu melden – und auf städtischer Seite diese auch in angemessener Zeit bearbeiten zu können?
- **Elektronische Parlamentsarbeit und Livestreamings:** Wie kann das Parlis weiterentwickelt werden und besser mit anderen Informationskanälen auch während Sitzungen verknüpft werden? Wie lässt sich ein Livestreaming verschiedener Sitzungen realisieren? Ist auch bspw. bei Bürgerversammlungen ein verlässlicher Rückkanal darstellbar?
- **Städtische Webseite:** Wie kann die städtische Webseite konstant weiterentwickelt werden und wie können BürgerInnenbedürfnisse besser eingebunden werden?
- **Social Media Strategie der Stadt:** Wie könnte die Stadt Angebote wie Blogs, Soziale Netze oder Kurznachrichtendienste nutzen – als reinen Kommunikationskanal für Mitteilungen oder ist vorstell- und leistbar, eine Zweibegekommunikation aufzubauen?
- **Fortschreibung von Schutzbedarfsfeststellungen:** Wie muss das Datenschutz- und Sicherheitskonzept für Systeme in der Stadt Darmstadt für diese Strategie fortgeschrieben werden? An welchen Stellen muss der/die städtische Datenschutzbeauftragte eingebunden werden?

Aus diesen Aspekten und eventuellen weiteren aus Sicht des Magistrats ist eine **Strategie zu entwickeln**, zu welchem Stand wir zukünftig kommen möchten. Dies ist schrittweise in einer strategischen Planung für einen Zeitraum über die nächsten drei bis fünf Jahre sowie darüber hinaus abzubilden, die eine realistische Entwicklung im Rahmen der verfügbaren Ressourcen aufzeigt, aber auch ermöglicht, weniger webaffine oder internetlose MitbürgerInnen bei der Entwicklung einzubinden, ihre Belange einzubringen und einer gefühlten oder realen Benachteiligung entgegenzuwirken.

Bei der Entwicklung ist auf Wirtschafts- und Hochschul-Kooperationen einzugehen. Darmstadt verfügt mit seinem IT-Cluster über ein breites Spektrum an erstklassigen IT-Forschungseinrichtungen, bundesweit bedeutenden Firmen und eine lebendige Gründungsszene, die es zu vernetzen gilt. Auch sind Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften über den Städtetag und andere Organe anzustreben, um gemeinsam bessere Lösungen zu schaffen.

Im Markt der elektronischen Verwaltung entstehen derzeit viele solitäre Projekte in Deutschland. Dabei besteht die starke Gefahr von zueinander inkompatiblen Insellösungen. Dies erschwert den Austausch zwischen Ämtern oder Gebietskörperschaften, erfordert Umgewöhnung bei Umzügen von Bürgern und bei Arbeitgeberwechseln von Angestellten und unklare Anwendungsbrüche bei der Abgrenzung bspw. von kreisfreier Stadt zu umliegendem Kreis. Darüber hinaus entstehen Ineffizienzen durch doppelte Entwicklung von Standardkomponenten wie Benutzerverwaltung, Anliegenverwaltung etc..

Durch **Open Source Software** wird eine einheitliche Softwarebasis geschaffen, auf der dritte Anbieter den Städten ihre Dienstleistungen zu einer insgesamt höheren Qualität anbieten können, ohne ihre Geschäftsgrundlage zu verlieren. Ein Beispiel hierfür ist das frei verfügbare Webseiten Content Management System Typo 3, mit dem u.A. darmstadt.de betrieben wird und auf dessen Basis eine Vielzahl an Agenturen arbeiten.

Wichtig ist bei allen Projekten, dass die Stadt Darmstadt sich nicht in Abhängigkeiten von Dienstleistern begibt, wenn beispielsweise Daten nur auf externen Servern abgelegt werden. Bei Anbieterwechseln oder – nicht zu wünschenden – Firmenauflösungen muss der Zugriff auf die Daten ohne Mehraufwand gewährleistet werden. Daher ist bei der Vertragsgestaltung mit den Dienstleistern darauf zu achten, dass die Stadt direkten Zugriff über standardisierte Formate oder umfassend dokumentierte Schnittstellen hat und somit immer die Hoheit über die Daten behält.

Auch im Hinblick auf zukünftige Open Data Ansätze muss der allgemeine dokumentierte Zugriff auf die Daten mindestens über veröffentlichte Datenabzüge möglich sein: Aus Steuermitteln finanzierte Daten sollen zukünftig grundsätzlich öffentlich verfügbar sein, so lange nicht berechtigte Geheimhaltungs-, Persönlichkeits- und weitere Datenschutzaspekte dagegen sprechen.

Um all diese Bestrebungen zu Querschnittsthemen rund um eGovernment und elektronischer Verwaltung in einem thematischen Bearbeitungsrahmen zu bündeln, empfiehlt sich der Verweis an einen Fachausschuss. Um nicht ein weiteres Gremium einzurichten, wird ein existierender Ausschuss genutzt. Mit der **Übertragung an den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft** wird insbesondere dem IT-Schwerpunkt der lokalen Wirtschaft sowie potenziellen Kooperationen Rechnung getragen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Hildegard Förster-Heldmann
Yücel Akdeniz
(Fraktionsvorsitzende)
Stefan Opitz
Jörg Bergmann
(Stadtverordnete)

Hartwig Jourdan
(Fraktionsvorsitzender)
Andreas Heckmann
Manuel Krentzke
(Stadtverordnete)